

Fachtagung „Zivilgesellschaft stärken im ländlichen Raum“ 30. September 2010 Jerusalemkirche Berlin

Dokumentation der Projektpräsentation

Das Projekt Zivilgesellschaft stärken. Vorläufige Bilanz und Präsentation der Handreichung

Prof. Dr. Thomas Olk



Sehr geehrter Herr Dr. Obst, sehr geehrter Herr Dr. Lubinski, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte MitstreiterInnen,

ich möchte Sie sehr herzlich bei der heutigen Tagung begrüßen. Dies ist die letzte Veranstaltung des Projektes „Zivilgesellschaft stärken“, in dem es ja darum geht, eine Handreichung für lokale Akteure und MultiplikatorInnen zu entwickeln, die sie bei der Stärkung von Zivilgesellschaft und bei Aktivitäten gegen rechtsextremistische Bestrebungen und Entwicklungen unterstützen soll. Viele von Ihnen, die heute hier sind, haben bereits in Workshops des Projektes mitgearbeitet. Schön, dass Sie heute wieder hier sind und mit uns gemeinsam weiter arbeiten möchten. Wir werden heute für alle das Projekt noch einmal vorstellen, den Hintergrund verdeutlichen, den bisherigen Ablauf und die Ziele des heutigen Tages darstellen.

Es geht heute um eine vorläufige Bilanz des Projektes, das zum Ende des Jahres 2010 abgeschlossen werden wird und um die Vorstellung der Inhalte und des Aufbaus der Handreichung. Es wird heute eine Mischung zwischen Diskussion und Arbeit stattfinden. In den Workshops soll konkret an den Handlungsempfehlungen gearbeitet werden. Damit diese Handreichung einen möglichst großen Nutzwert für die Akteure vor Ort hat, möchten wir Ihre Erfahrungen einbeziehen für die Einschätzung von Aspekten, die noch weiterentwickelt, ergänzt und verbessert werden sollten. In zwei Podiumsdiskussionen werden wir auch auf das Umfeld dieser Thematik „Rechtsextremistische Aktivitäten in ländlichen Räumen“ zu sprechen kommen; zunächst mit den Vertretern der Institutionen, die dankenswerter Weise die heutige Tagung unterstützen. Das sind Herr Dr. Obst vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der auch zuständig ist für die entsprechenden Programme der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus, Herr Dr. Lubinski aus dem Bundesministerium des Innern, der uns u.a. erläutern wird, was das BMI in diesem

Zusammenhang Neues vor hat und Herr Mohn vom Deutschen Städte- und Gemeindebund, der die Seite der kommunalen Vertretungen repräsentiert, die ja politische Verantwortungen in den Kreisen und Städten vor Ort haben. Außerdem wird das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement vertreten durch den Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein und durch meine Person als Vorsitzender des Sprecherrats.

Hintergrund des Modellprojektes

Wir reden hier über ländliche Räume, vornehmlich – aber nicht nur – in Ostdeutschland, in denen die Situation gekennzeichnet ist durch eine hohe Arbeitslosigkeit, eine hohe Anzahl von BezieherInnen der Grundsicherungsleistungen, durch demographische Verschiebungen, - nämlich Abwanderung junger, qualifizierter Menschen - und eine schwache soziale, ökonomische und kulturelle Infrastruktur. Das heißt, insgesamt - das darf nicht unterschätzt werden - geht es ja eigentlich um Räume, in denen auch die Zivilgesellschaft eher auf dem Weg der Schwächung ist. Bei der Entwicklung von Strategien gegen rechtsextremistische Bestrebungen und zur Stärkung der Zivilgesellschaft, muss aufgepasst werden, dass man nicht etwas Unmögliches fordert, nämlich mit zu kurz gedachten Mitteln zu unterstützen, was eigentlich durch die genannten Entwicklungen eher geschwächt wird. Es müssen realistische, pragmatisch machbare Strategien sein und sie müssen an den Potenzialen vor Ort ansetzen.

Das Projekt „Zivilgesellschaft stärken“ wird im Rahmen des Bundesprogramms „kompetent. für Demokratie. Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“ durch das Bundesfamilienministerium gefördert. Es gab im Herbst 2008 ein Interessenbekundungsverfahren, bei dem sich das BBE zusammen mit der Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. beworben hat. Der eingereichte Projektvorschlag wurde bewilligt. In diesem Projektvorschlag war eine Analyse der Situation in ländlichen Räumen enthalten, sowohl sekundäranalytisch als auch eine eigene Fallstudie im Norden von Sachsen-Anhalt. Wichtigstes Anliegen des Projektes war die Entwicklung von Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Rechtsextremismus im ländlichen Raum. Damit wurde ein Weg eingeschlagen, der sich nicht ganz von selbst erklärt. Es gibt ja im Programm „kompetent. für Demokratie“ bereits bestimmte Aktivitäten und Strukturen, die gefördert werden. Es wurde in jedem Bundesland eine Landeskoordinierungsstelle als Erstkontaktstelle eines Beratungsnetzwerks eingerichtet. Eine der Strategien, die durch das Programm gefördert werden, ist Strukturen und Vernetzungen aufzubauen, aber auch Beratungen von Außen anzubieten. Das ist natürlich nicht der einzige Weg, wie man die Zivilgesellschaft im ländlichen Raum stärken kann, sondern es geht natürlich auch darum, die Selbstheilungskräfte der Gemeinden und Orte von Innen heraus zu stärken und damit endogene Potenziale zu stützen. Dies wird auch durch die Strukturen der Beratungsnetzwerke gefördert, soll aber auch durch praxisnahe Handlungsempfehlungen, die für die MultiplikatorInnen vor Ort einen Gebrauchswert haben und die sie selbst nutzen können, gestärkt werden. Diese Akteure sollen selbstgesteuert, bedürfnisorientiert und orientiert an den konkreten Handlungsansätzen die Materialien nutzen können.

Für die Umsetzung des Projektes wurde die Kooperation zwischen Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und BBE angezielt, um einerseits die wissenschaftliche Expertise und andererseits die Vernetzungserfahrungen und Netzwerkkontakte des BBE bis in die Regionen hinein einzubringen.

Projektverlauf

Das Projekt begann Ende 2008 mit der Durchführung von Sekundäranalysen in den drei Regionen Uecker-Randow, Schaumburg und Kyffhäuserkreis. Darüber hinaus wurde eine qualitative Fallstudie im Altmarkkreis Salzwedel durchgeführt, bei der es darum ging, mit den MultiplikatorInnen vor Ort zu sprechen, die in den Regionen Netzwerke aufbauen, die z.B. in Institutionen wie Schulen, aber auch in der Verantwortung kommunaler Politik und

Verwaltung stehen. Diese wurden hinsichtlich ihrer Einschätzungen in Bezug auf die Entwicklungen rechtsextremistische Bestrebungen sowie in Bezug auf die Aufstellung und Aktivitäten zur Stärkung der Zivilgesellschaft in der Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Bestrebungen befragt.

Es wurde ein Projektbeirat eingerichtet, der zwei Mal im Rahmen des Projektes getagt hat und in dem namhafte ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis vertreten waren. Außerdem wurden insgesamt vier Workshops durchgeführt - zwei im Jahr 2009, zwei im Jahr 2010 - in denen mit VertreterInnen der Beratungsnetzwerke und anderen PraxisvertreterInnen gemeinsam diskutiert wurde, wie denn eine solche Handreichung aussehen könnte. Ferner wurden in diesem Rahmen die Zwischenergebnisse des Projektes diskutiert, also etwa die Sekundäranalyse, die das Nexus Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung in unserem Auftrag durchgeführt hat, aber auch unsere eigene qualitative Studie.

Projektergebnisse

Zum jetzigen Zeitpunkt ist die Handreichung noch nicht fertig. Es liegen bisher Zwischenergebnisse vor, aber sie wird bis zum Dezember dieses Jahres fertig gestellt. Wir können sagen, dass es grundlegende Bedarfe für die Handreichung gibt, die wir aus unseren eigenen Untersuchungen abgeleitet haben. Zunächst haben wir festgestellt, dass die Akteure vor Ort so etwas wie eine Möglichkeit zur reflexiven Auseinandersetzung benötigen, um sensibilisiert zu sein und sich mit rechtsextremistischen Bestrebungen vor Ort auseinandersetzen, darüber nachdenken, sie erkennen und einschätzen zu können. Dabei haben wir gerade im ländlichen Raum, durch unsere eigenen Untersuchungen, aber natürlich auch in der vorliegenden Literatur gefunden, dass die Tendenz zur Normalisierung rechtsextremistischer Aktivitäten ein großes Problem darstellt. Gerade auch unter den Bedingungen wenig pluraler Kultur, auch jugendkultureller Aktivitäten, ist es dann oft so, dass in den ländlichen Gebieten bestimmte jugendkulturelle Ausdrucksformen, die vielleicht in die Richtung rechtsextremer Erlebniswelten gehen, dominant werden. Für Jugendliche, die sich dem nicht anschließen wollen, ist es häufig schwierig, sich zu positionieren, da sie mitunter, wenn sie sich positionieren, isoliert werden. Diese Homogenität von Kulturen könnte ein großes Problem werden, wenn rechtsextremistische Kulturen dominant werden. Das zu erkennen, ist eine große Herausforderung. So zeigt auch der Fall des Jugendfußballtrainers Battke in Laucha, dass dieses Auftreten von NPD-Funktionären oder rechtsextremen Akteuren vor Ort oft gar nicht erkannt wird. Sie gelten vielmehr als „nette Leute“, die wichtige Funktionen übernehmen, die Jugendtrainer werden, sich kümmern und vermeintlich nette Menschen sind, die man vielleicht schon von Geburt an kennt. Das Erkennen dieser Formen der Veralltäglichung und Normalisierung und das hoffähig machen rechtsextremistischer Orientierung und Verhaltensweisen, die sich schleichend ausbreiten, ist enorm wichtig.

Neben den Strategien gegen Rechtsextremismus und dem Verhindern der Veralltäglichung rechtsextremer Meinungen und Aktivitäten, ist auch die Stärkung von Zivilgesellschaft erforderlich. Das ist zum Beispiel die Förderung von Engagement und Beteiligung. Es geht darum, dass lebendige, beteiligungsorientierte Orte „Gegengifte“ entwickeln gegen rechtsextremistische Bestrebungen. Orte, in denen Vielfalt ist, in denen soziales Leben ist, in denen es auch soziale Orte gibt, z.B. die Schule oder das Gemeindehaus, wo sich BürgerInnen treffen, um gemeinsam Dinge zu diskutieren und zu besprechen, sind besser dran, als Orte, in denen solche Treffpunkte nicht existieren oder solche Treffpunkte besetzt sind durch rechtsextremistische jugendkulturellen Kontexte. Insofern ist es wichtig, diese sozialen Orte und entsprechende Aktivitäten zu stärken. Das bedeutet auch, dass die Rahmenbedingungen dafür stimmen müssen. Wenn Jugendverbände und andere Organisationen aber auch andere zivilgesellschaftlichen Akteure in den letzten Verästelungen des ländlichen Raums gar nicht mehr vorkommen, weil Infrastruktur fehlt, dann entstehen häufig Lücken in die sich „Kümmerer“ hineinbegeben können. Zudem gibt es den Bedarf, dass die Unterschiede ländlicher Regionen berücksichtigt werden. Es gibt natürlich große Unterschiede, wenn Sie zum Beispiel an die Peripherisierung ländlicher

Räume denken. Es gibt zentrale Räume, die alles auf sich vereinen: Hochqualifizierte Arbeitsplätze, Industrie und dynamisches Wachstum sowie Bevölkerungswachstum. Diese Faktoren entziehen den Räumen gewissermaßen den Nährboden und die Extremismusgrundlagen. Zum Teil gibt es aber auch ländliche Regionen, die derartige Potenziale nicht vorweisen können. Dort liegt häufig die Tendenz der Peripherisierung vor. Dies ist im Übrigen auch im Freiwilligensurvey zu sehen, der bürgerschaftliches Engagement misst. In einigen ländlichen Räumen zeigt sich die höchste Quote des Engagements, aber dort wo sich Räume entleeren, dort wo Infrastruktur schwindet, dort wo die aktiven Teile der Bevölkerung wegziehen, dort liegt die geringste Quote des Engagements vor.

Es geht vor diesem Hintergrund vor allem auch um die Betonung der Potenziale. Dafür sind realistische Zielformulierungen notwendig, eine Sensibilisierung der wichtigen Akteure und Schlüsselpersonen, Informationsbeschaffung und auch so etwas wie die Wahrung der Deutungshoheit über historische Ereignisse. Diese Besetzung von symbolischen Orten durch rechtsextreme Akteure gilt es zu verhindern und es ist eine wichtige Aufgabe, korrekte Deutungen durchzusetzen.

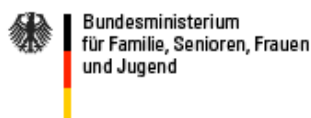
Im Laufe der heutigen Tagung geht es darum, die von uns bisher vorbereiteten Kapitel der Handreichung vorzustellen, in denen praxisnahe Hilfestellungen für zivilgesellschaftliche Akteure und die kommunalen VerantwortungsträgerInnen aus Politik und Verwaltung vermittelt werden sollen. Diese MultiplikatorInnen und VerantwortungsträgerInnen sind die Zielgruppe der Handreichung. Die Handreichung ist wie folgt aufgebaut: Zunächst gibt es eine thematische Einführung, die deutlich macht, wie die Situation ländlicher Räume ist und was unter Rechtsextremismus verstanden werden kann. Anschließend geht es um zwei Teile: Teil eins fasst Präventionsstrategien zusammen, der zweite Teil umfasst Interventionsstrategien. Beide Teile sind, wenn es um die Stärkung der Zivilgesellschaft im Umgang mit rechtsextremistischen Bestrebungen geht, zu verknüpfen. Diesen Teilen schließt sich ein Serviceteil an, denn nicht alles kann in den Hauptteilen konkretisiert werden. Die Konkretisierung wird durch die Materialien und Hinweise im Serviceteil erreicht.

Ausblick

Die Einzelheiten der Handreichung, das heißt die Handlungsempfehlungen, werden in den Workshops am Nachmittag vorgestellt und diskutiert. Ihre Rückmeldungen werden sehr ernst genommen und berücksichtigen wir für den Prozess der Fertigstellung der Handreichung. Die Handreichung wird im Dezember 2010 publiziert und soll dann die Zielgruppen über die Strukturen des BBE, des DStGB und über weitere MultiplikatorInnen erreichen. Diesen Prozess der Weitergabe können natürlich auch Sie unterstützen. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich wünsche Ihnen eine anregende und weiterführende Fachtagung.

Die Fachtagung „Zivilgesellschaft stärken im ländlichen Raum“ wurde vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund veranstaltet. Die Tagung war Teil des Modellprojektes „Zivilgesellschaft stärken. Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus im strukturschwachen ländlichen Raum“, das die Akademie für Sozialpädagogik und Sozialarbeit e.V. und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement bis 31.12.2010 durchführen.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

